



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Behandlung und Nachsorge für Post-COVID-Erkrankte verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Behandlung und die Nachsorge für „Post-COVID“-erkrankte Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Bayern zügig zu verbessern, insbesondere

1. sich für das Einrichten von Post-COVID-Ambulanzen einzusetzen und diese auch entsprechend zu fördern. Ziel soll sein, dass in jedem Regierungsbezirk eine Post-COVID-Ambulanz entsteht, vorzugsweise an (Kinder-) Universitätskliniken, in denen das COVID-19-Know-how somit gebündelt wird. Wichtig ist dabei die Einbindung von verschiedenen Fachdisziplinen in den Ambulanzen und eine enge Abstimmung von Therapiemöglichkeiten,
2. sich für das Entstehen von einem digitalen Post-COVID-Ambulanzen-Netzwerk einzusetzen und dieses finanziell abzusichern, mit dem Ziel, dass die oben beschriebenen Ambulanzen miteinander vernetzt werden, um das Fachwissen zu Corona-Spätfolgen zu teilen und Erfahrungen und insbesondere Patientendaten schnell und umfassend sammeln und analysieren zu können sowie Ergebnisse in die Fläche zu tragen. Die Option, Kinder-, Hausärztinnen bzw. -ärzte und Fachärztinnen bzw. -ärzte in dieses Netzwerk nach Möglichkeiten einzubinden, sollte geprüft werden,
3. Forschungsprojekte in Zusammenarbeit mit den Post-COVID-Ambulanzen zu fördern, die Therapiemöglichkeiten und Spätfolgen der Coronavirus-Infektion untersuchen und auf die Verbesserung der Versorgung von Patientinnen und Patienten in allen Phasen der Erkrankung abzielen, um die COVID-19- und die Post-COVID-Erkrankung besser zu verstehen bzw. vermeiden zu können,
4. die Post-COVID-Selbsthilfegruppen finanziell zu unterstützen – insbesondere bei der digitalen Ausstattung (Homepage etc.),
5. gezielte öffentliche Kampagnen mit den Hinweisen auf fachliche Hilfe-Möglichkeiten und Stellen für Betroffene zu schaffen,
6. die Förderung der Therapeutikaentwicklung in Bayern zu erhöhen, sowohl für akute Symptome wie auch für Spätfolgen, um den Pharmastandort Bayern nachhaltig zu profilieren,
7. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass deutlichere Signale für die Therapeutikaentwicklung in Deutschland gesetzt werden.

Begründung:

COVID-19 ist eine Systemerkrankung, die jede Zelle des Menschen und damit auch jedes Organ betreffen kann. Die meisten COVID-19-Erkrankten überstehen die Infektion mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 problemlos. Laut WHO sind das rund 80 Prozent der Patientinnen bzw. Patienten. Bis März 2021 sind bereits ca. 2,5 Mio. Menschen in Deutschland an dem Coronavirus erkrankt, ca. 70 000 Menschen sind an der Krankheit und ihren Folgen verstorben. Rund 14 bis 15 Prozent der Patientinnen bzw. Patienten erleiden einen schweren Verlauf, 5 Prozent einen kritischen Verlauf. Wer auf der Intensivstation war, leidet meist unter langwierigen Folgen – etwa 40 Prozent der in der Klinik behandelten Patientinnen bzw. Patienten benötigen laut dem Robert Koch-Institut längerfristig Unterstützung. Doch manchmal leiden auch Menschen unter Spätfolgen, deren COVID-19-Erkrankung milde verlaufen ist – nach milder COVID-19-Erkrankung soll jeder zehnte länger als vier Wochen betroffen sein. Symptome wie anhaltende Müdigkeit, Muskel-, Brust- oder Kopfschmerzen sowie Geschmacks- und Geruchsverlust nach einer akuten COVID-19-Erkrankung schränken die Betroffenen stark ein, sie benötigen fachliche und vor allem interdisziplinäre Hilfe. Es ist essenziell, dass Betroffene nicht nur eine gesellschaftliche Anerkennung nun erfahren, sondern dass ihnen auch eine gute medizinische Versorgung zur Verfügung steht. Das Entstehen einer interdisziplinären Fachambulanz in jedem Regierungsbezirk sowie eines Post-COVID-Ambulanzen-Netzwerks würde das Know-how zu COVID-19 bündeln und weitertragen, und somit nicht nur die Versorgung der Betroffenen verbessern, sondern auch für die Forschung große Bedeutung haben. Dabei soll sichergestellt werden, dass die Ambulanzen sowie das Netzwerk entsprechend gefördert werden, sowie auch die Forschungsprojekte, die dadurch entstehen. Nur so können Daten erhoben und analysiert werden, das erlangte Wissen geteilt werden und schließlich Therapiemöglichkeiten und Spätfolgen der Coronavirus-Infektion untersucht und die Versorgung der Patientinnen und Patienten verbessert werden. Je besser wir die COVID-19- und Post-COVID-Erkrankung verstehen, desto besser können wir sie heilen bzw. vermeiden.

Wichtig für Post-COVID-19-Patientinnen bzw. -Patienten ist aber auch der Austausch mit anderen Betroffenen. Erste Selbsthilfegruppen für Corona-Patientinnen bzw. -Patienten gibt es in Bayern in Regensburg, Mühldorf am Inn und München. Aufgrund von begrenzten finanziellen Mitteln der Selbsthilfegruppen ist eine finanzielle Unterstützung zumindest im Bereich der technischen Ausstattung angebracht. Eine gezielte öffentliche Kampagne mit den Hinweisen auf fachliche Hilfemöglichkeiten und Stellen für Betroffene fehlt bisher. Dies würde nicht nur den Betroffenen helfen, sondern auch der Wissenschaft und dem medizinischen Fortschritt.

Noch immer gibt es kein zugelassenes Medikament oder Therapieverfahren, das gezielt für die Behandlung von COVID-19 entwickelt wurde. Dabei sind effektive Medikamente unerlässlich, um im weiteren Umgang mit der Pandemie nicht allein auf die Impfstoffe zu bauen. In der Nachsorge gibt es ebenso keine anerkannte Therapie. Wir benötigen breit einsetzbare, sichere Medikamente, die vor einem schweren Verlauf bei COVID-19 schützen und Post-COVID heilen bzw. vermeiden können. Deshalb soll nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene die Förderung der Therapeutikaentwicklung erhöht werden. Bayern hat zwar einen Betrag von 50 Mio. Euro für die Medikamentenforschung zu COVID-19 beschlossen, diese reicht für die nachhaltige Spitzenforschung in diesem Bereich jedoch nicht aus.

Zwischen den umfangreichen Förderungen für Impfstoffe und dem Investitionsumfeld für Entwickler von COVID-19-Medikamenten besteht bisher ein erhebliches Ungleichgewicht in Deutschland. Der Erfolg der Impfstoff-Entwicklung in Deutschland fußt auf einer Förderung von Entwicklung und Produktion – in Deutschland alleine rund 750 Mio. Euro durch die Bundesregierung. Bei der Medikamentenentwicklung hingegen fehlt bisher ein vergleichbar starkes Signal. Dies spiegelt sich dann leider auch im privatwirtschaftlichen Engagement. Einer Studie der Beratungsfirma EY zufolge wurden beispielsweise in den USA im letzten Jahr 12 Mrd. Euro an Risikokapital in die Biotech-Branche investiert. Deutsche Unternehmen erhielten dagegen mit nur 882 Mio. Euro weniger als acht Prozent dessen, was in die US-Biotech-Branche floss. Auf der Bundesebene bedarf es für eine breite Beschleunigung der Entwicklung von COVID-19-Medikamenten bis hin zur Marktreife mehr als die derzeitige Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Entwicklung von Medikamenten mit einem Volumen von 50 Mio. Euro. Nötig

ist eine entschlossene Signalwirkung durch umfassende öffentliche Förderung des Bundes und Landes. Denn wir müssen schwere Verläufe und Todesfälle auch bei Menschen effektiv vermeiden, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen dürfen, können oder auch nicht wollen, oder wenn die Impfung nicht wirken sollte (zum Beispiel aufgrund von Mutationen). Erst wenn effektive Therapien die Impfstrategie begleiten und absichern, werden wir dauerhaft Kontrolle über diese Pandemie erlangen.